

Karo Lehner
im Gespräch
mit Sarah
Duregger

Schluss mit frustig

WIE MEHR DEMOKRATIE UNSERE ZUFRIEDENHEIT STEIGERT

Frau Lehner, was bedeutet Demokratie für Sie?

Demokratie ist für mich die einzig lebende Gesellschaftsform, die wir haben können, besonders was das Miteinander betrifft. Mitbestimmung und Mitgestaltung gehen vom Volk, vom „demos“, aus – dieser Grundgedanke ist hervorragend, nur müssen wir das ausgestalten. In Österreich wäre es meiner Meinung nach dringend an der Zeit, wo wir sagen, wir sind das Volk, wir sind der Souverän der repräsentativen Demokratie, nehmt uns ernst, nehmt uns wahr.

Sie bzw. die Initiative „mehr demokratie!“ fordern u.a. eine „partizipative, von Solidarität und gegenseitiger Achtung geprägte Prozesse des Aushandelns“ – das klingt sehr theoretisch, wie kann das in der Praxis funktionieren?

Es klingt sehr theoretisch, das stimmt (lacht). Wir halten uns im Wesentlichen an ein 3-Stufen-Modell von direk-

ter Demokratie: In der ersten Phase sammeln die Bürgerinnen und Bürger zu einem Thema, das aktuell wichtig ist, Unterstützungserklärungen. Die zweite Phase möchte dann über das Thema mittels Kampagnen informieren und aufklären. Dann wird das Thema in der dritten Phase nicht nur im Nationalrat behandelt, sondern alle dürfen darüber abstimmen.

Da muss ich sofort an lange, ergebnisoffene Diskussionsabende denken. Wäre nicht manchmal eine „von oben“ diktierte politische Entscheidung zielführender, vor allem aber schneller?

Das ist sicher richtig, direkte demokratische Prozesse von unten sind eine Herausforderung, aber das hat meiner Meinung nach weniger mit der Themensetzung zu tun, sondern eher, dass wir es nicht gewohnt sind, Themen auszuverhandeln und miteinander zu diskutieren. Was bei diesem dreistufigen Verfahren näm-

lich ganz dringend dazukommt, sind ausführliche öffentliche Diskurse und Prozesse. Das muss sein, erstens deswegen, damit die Leute informiert werden, worum es überhaupt geht. Und zweitens sollen in Workshops oder in Konvent-Gesprächen die Bürgerinnen und Bürger herausfinden, wo sie sich selber sehen. Natürlich ist das mit viel Arbeit verbunden, aber wenn die Leute sich mehr beteiligen können, sinkt der Politik-Frust und die Zufriedenheit der Bevölkerung wäre viel größer.

Was sind Konvent-Gespräche?

Wir orientieren uns da an der Gemeinwohlökonomie von Christian Felber: Da werden demokratische Prozesse in Form von Konventen organisiert. Da werden Leute eingeladen zu verschiedenen Themen zu diskutieren, und zwar nicht nur ein, zwei Stunden, sondern wirklich an einem ganzen Tag in Form von moderierten Gruppengesprächen. Am Ende des Tages



Karo Lehner (39)

Bundessprecherin von *mehr demokratie! österreich* bzw. Landesprecherin von *mehr demokratie! salzburg* seit 2016. Im Brot-Beruf im Online-Marketing tätig, Studentin der Kommunikationswissenschaft an der Uni Salzburg und der Sozialen Arbeit an der FH Salzburg. Zertifizierte Erwachsenenbildnerin und Gruppenmoderatorin für BürgerInnen-Räte.

INTERESSANTE LINKS

www.aktiv-demokratie.at

www.entscheidet.at

www.christian-felber.at/schaetze/gemeinwohl.pdf

www.partizipation.at/systemisches-konsensieren.html

www.salzburg.gv.at > Agenda 21

zivilgesellschaftsalzburg.org

demokratielos.wordpress.com

MEHR DEMOKRATIE! ist eine parteiunabhängige Initiative für eine Stärkung der direkten Demokratie.

In Österreich gibt es die Initiative seit 2006, seit 2010 als ein eingetragener Verein. Die Initiative ist Teil von *democracy international*, einem globalen Netzwerk von Direkt-Demokratie-Initiativen. Aktuell bestehen in Wien, Vorarlberg und Salzburg aktive Teams, in den anderen Bundesländern befinden sich die Regionalteams im Aufbau >>> www.mehr-demokratie.at

soll herauskommen, welcher Themenschwerpunkt wichtig ist, welche Entwicklungen gar nicht gut sind und wogegen angekämpft werden muss. Der Wille des Einzelnen und der Vielen soll gleichzeitig herausgefunden werden. Diese Konvente beziehen wir schon aktiv in unsere Prozesse mit ein und wir üben auch schon, wie das in der Praxis möglichst reibungslos funktionieren könnte.

Wer sollte an diesen Konventen teilnehmen?

In erster Linie Interessierte und Betroffene, die sich zum Beispiel zu einem konkreten Thema nach einem öffentlichen Aufruf melden können, und natürlich Expertinnen und Experten. Der Konvent würde dann mit einem Pro-Contra-Gespräch beginnen: Was sind die Vorteile, was sind die Nachteile, was sind die Kosten, welche Konsequenzen hätte diese oder jene Entscheidung, und damit meine ich auch Konsequenzen, die über eine Legislaturperiode einer Landesregierung hinausgehen. Danach wird in Kleingruppen diskutiert.

Ich glaube aber, dass sich da nur ein kleiner Teil der Bevölkerung angesprochen fühlt bzw. sich auch zutraut, zu einem solchen Diskussionsforum hinzugehen. Wie kann man da auch beispielsweise bildungsferne Menschen in einen Dialog miteinschließen, oder auch jene, die nicht ohne Weiteres einen ganzen Tag zum Diskutieren Zeit haben?

Da gibt es schon auch die Möglichkeit, dass man kleinere, niederschwellige Diskussionsformate veranstaltet, zum Beispiel über Schulen oder über das Bewohnerservice eines bestimmten Stadtteils, besonders wenn es um konkrete, lokale Fragestellungen geht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist auch eine Abstimmungs- und Informationsbrochüre, so wie es schon in der Schweiz angeboten wird. Da bekommen alle ein umfassendes Heft, wo alle Informationen geliefert werden. Ich denke, wenn man das möglichst leicht und schnell lesbar gestaltet, dann fühlen sich die Leute auch angesprochen. Der ganze Diskussionsprozess ist mit Sicherheit aber noch ein Ausprobieren.

Es gibt ja Menschen, die derzeit nicht mal wählen gehen. Nur weil ich niederschwellige Informationen anbiete, heißt das ja nicht, dass die Menschen das dann auch annehmen und sich einbinden.

Das ist mit Sicherheit eine Riesenherausforderung. Menschen einzubinden geht meiner Meinung nach nur im persönlichen, direkten Gespräch, und durch Zuhören. Jemand sollte einfach fragen: Was stört dich denn so, was nervt dich? Welche Lösungsvorschläge hast du? Man muss den Leuten deutlich machen, dass das, was sie sagen, wichtig ist, dass ihre Erfahrung und ihre Kompetenzen zählen.

Kritiker werfen bestimmt ein, dass Sie Demokratie durch die romantische Brille sehen und dass so ein Modell in der politischen Praxis nicht umsetzbar wäre. Was sagen Sie darauf?

Das ist der Grund warum die Parteien gegenüber diesen Ansätzen sehr kritisch sind.

>>

Sehen sie sich in ihrer Position gefährdet, fürchten sie einen Machtverlust?

Mit Sicherheit. Immer wenn man die Leute direkt fragt, was sie zu einem Thema halten, dann heißt das ja auch, dass man selber darüber auch nachdenken muss, auch als Partei. Da müssten sie nachdenken: Was machen wir denn gerade? Warum sind die Leute so frustriert? Könnten sie nicht vielleicht auch recht haben? Und das würde dann wiederum dazu führen, dass auch parteiintern viel geändert werden müsste, dass man Positionen neu hinterfragt usw. Natürlich ist unser Aushandlungsprozess mit sehr viel Arbeit verbunden, aber die Bevölkerung wäre auch zufriedener. Wenn man sich auf der Gemeindeebene umschaute, da gibt es ja schon einige Bürgerbeteiligungsprojekte, warum das nicht einfach ausweiten? Das ist sicher anstrengend, aber jeder Bürgermeister kann auch erzählen, wie groß die Zustimmung in der Bevölkerung ist, wenn man sich darauf einlässt.

Also „mehr demokratie!“ möchte nicht das Parteiensystem als solches abschaffen?

Nein, wir wollen eine Ergänzung zur repräsentativen Demokratie sein und den Parteien vermitteln, wenn ihr in einer Demokratie Zustimmung vom Volk und eine solidarische Zukunft für die Bevölkerung haben möchten, dann hört zu.

Hier in Salzburg ist ja der so genannte „Luft-80er“ auf der Stadtautobahn ein heiß umstrittenes Thema, wo die Politik im Endeffekt nur versucht, EU-Bestimmungen umzusetzen. Die Bevölkerung fühlt sich dadurch aber schikaniert. Würde man sie direkt fragen, würde die 80er-Beschränkung wohl wieder abgeschafft werden. Wie kann man den Willen des Volkes mit von oben verordneten Bestimmungen vereinbaren?

Kommunizieren. Das ist das erste, was wir wieder lernen müssen. Man muss erklären, warum gibt es diese Geschwindigkeitsbeschränkung? Was sind die Konsequenzen? Welche Beschwerden gibt es dazu? Was kann man tun, um die Zustimmung in der

Bevölkerung zu erhöhen? Also in dem Fall zum Beispiel ein attraktiveres Öffi-Angebot.

Vorhin haben Sie schon einmal gesagt, alle sollten über ein Thema abstimmen dürfen. Wer sind denn „alle“?

Jeder und jede Wahlberechtigte ab 16 Jahren. Wir haben aber in unserer Initiative auch schon viel darüber diskutiert, ob das Wahlrecht nicht auch ausgeweitet werden sollte. Ich persönlich finde, dass jede Person, die in Österreich lebt, hier arbeitet und hier ihren Lebensmittelpunkt hat, sollte auch das Recht auf Mitbestimmung haben, unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

Hat eine Mehrheit immer Recht?

Uff, eine schwierige Frage.

Aber gibt es nicht auch Themen, die in einem direktdemokratischen Prozess nicht in Frage gestellt werden sollten?

Wir von „mehr demokratie!“ haben die Haltung, dass Grundrechte, Völkerrecht, Menschenrechte oder EU-Recht nicht verhandelbar sind. Das steht im Übrigen auch im aktuellen Regierungsprogramm: Volksinitiativen „von unten“ sind zwar immer möglich, aber werden auch immer vom Verfassungsgerichtshof geprüft. Das finde ich auch durchaus wichtig.

Aber um nochmal auf meine Frage zurückzukommen: Muss alles, was eine Mehrheit beschlossen hat, umgesetzt werden? Auch wenn ich mir jetzt die demografische Verteilung anschau in Österreich: Die zahlenmäßig überrepräsentative Generation 50+ entscheidet über Dinge, die sie vielleicht nicht mehr betreffen werden. Ist das fair?

Sie sprechen da einen sehr wichtigen Punkt an, der meiner Meinung nach auch für den großen Politik-Frust verantwortlich ist, nämlich, dass nicht alle gleichberechtigt in Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Deshalb bin ich auch für das Wahlrecht ab 16. Gleichzeitig braucht man dazu ganz dringend viel mehr politische Bildung, weil jungen Menschen muss man vermitteln: Du bist Teil vom Souverän, du hast genau die gleichen

Mitbestimmungsrechte wie deine Großeltern oder Eltern. Es ist Aufgabe des Staates, wenn er sich als Demokratie versteht, dass er jedem Menschen die gleichen Informationen und die gleichen Entscheidungsmöglichkeiten zugesteht. Dass sich die Mehrheit momentan zu den älteren Generationen hin verschiebt, ist ein demographisches Problem, könnte aber in einem erweiterten Wahlrecht und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten etwas ausgeglichen werden.

Wollen die Österreicherinnen und Österreicher das überhaupt, mehr direkte Demokratie?

(lacht) Gute Frage!

Also ich kenne das Argument, dass ich als Volk, ich als Souverän, eh schon PolitikerInnen wähle, denen ich den Arbeitsauftrag des Regierens gebe. Dieses Outsourcing ist doch auch legitim. oder?

Das ist absolut legitim, aber gleichzeitig ist es frustrierend. Wir haben, glaub ich, mittlerweile mit unseren politischen Vertretungen das Problem, dass das, was das Volk eigentlich will, immer weniger zum Tragen kommt und stattdessen diverse Lobbys über uns bestimmen. Das betrifft alle etablierten Parteien. Eine weitere Mehr Demokratie-Bewegung mit Namen „Österreich entscheidet“ hat vor nicht allzu langer Zeit eine nicht repräsentative Umfrage gestartet, wo von 500 Leuten 80 Prozent gesagt haben, dass sie gerne mehr Mitbestimmung haben möchten. 73 Prozent davon waren Schwarz-Blau-WählerInnen.

Es gibt doch schon Volksbegehren ... Was halten Sie davon?

Wir haben eben das Problem, dass die Mittel zur direkten Demokratie, die es schon gibt, rechtlich keine verbindlichen Ergebnisse zur Folge haben. Nachdem ein Volksbegehren die geforderten Unterstützungserklärungen gesammelt hat, wird das Thema im Nationalrat diskutiert, aber es gibt keine rechtliche Verbindlichkeit. Deswegen haben Volksbegehren hierzulande wenig Auswirkungen. Sie geben vielleicht mal ein schönes Stimmungsbild und dem einen oder der anderen VolksvertreterIn einen Hinweis, was die WählerInnen denken. Aber solange

Volksbegehren nicht in die Gesetzgebung münden, ist es einfach zu wenig.

Soziale Medien prägen heute den politischen Diskurs enorm – manchmal mehr als uns lieb ist? Wie könnten wir diese neuen Technologien abseits von Fake-News und Shitstorms für mehr Demokratie nutzen?

Über diese Frage denken wir von „mehr demokratie!“ auch viel nach. Wichtig ist, dass wir uns klarmachen, dass der Umgang mit sozialen Medien eigentlich eine Bildungsfrage ist.

Letztlich sind sie ökonomisierte Kommunikationsmittel, die Plattformen sind nur unter Anführungszeichen „frei“. Wann immer du darauf kommunizierst, gibst du alles her, an Daten und an Meinung, die beide von außen benutzt werden. Dazu gibt es vom Publizistikwissenschaftler Kurt Imhof interessante Studien. Er sagt, dass die sozialen Medien systemisch so aufgebaut sind, dass eigentlich keine freie, demokratische Mitbestimmung möglich ist, da sie rein kommerzielle Plattformen sind.

Das ist den Leuten so sicher nicht bewusst ...

Ich denke, man soll die Medien schon weiterhin nutzen, man muss aber mehr Zeit investieren, damit man seine Meinung vertreten und auch verteidigen kann. Es ist unglaublich wichtig, dass man gegen Falschmeldungen auch auftritt. Mir kommt vor, auch viele Parteien wissen das nicht. Eigentlich müssten ein paar Vollzeitstellen dafür eingesetzt werden, die aufklären und klarstellen.

Dann würde das auch mehr Substanz bekommen. Eine Meldung auf Twitter ist schnell mal verfasst, 280 Zeichen ...

... aber dass dann auch darauf reagiert wird und geschaut wird, woher kommt denn diese oder jene negative Reaktion. Das ist eine Riesenherausforderung, vor allem jetzt, wenn Facebook wieder seine Algorithmen ändert. Die Informationsfreiheit wird immer mehr eingeschränkt, Stichwort Netzneutralität.

Es läuft also darauf hinaus, dass

das Internet nicht mehr das freieste Medium ist.

Das würde ich mittlerweile echt bestreiten, dass das noch so ist. Der Grundgedanke war vielleicht mal so, aber dazu gibt es mittlerweile schon so viele Hürden, zum Beispiel gewisse Fähigkeiten. Die junge Generation, die mit dem Smartphone aufwächst, die ist schon schnell wo dabei und sie weiß alles, aber man muss den jungen Menschen auch vermitteln, wie man die sozialen Medien handhaben soll, dass sie sich überlegen, was sie von sich preisgeben ...

... und wie sie Informationen bewerten...

... genau, dass sie Postings auch gegenchecken.

Das führt uns wieder zurück zum Thema Bildung bzw. politische Bildung. Schon seit Jahren fordern SchülerInnenvertreter, Elternverbände und Bildungsexperten politische Bildung als Unterrichtsfach in Schulen einzuführen. Was sollte Ihrer Meinung nach in einem solchen Fach unterrichtet werden?

Also wenn das ein schulisches Fach ist, dann wäre ich dafür, dass das nur von externen Menschen unterrichtet wird, vor allem, um eine gewisse Diversität zu gewährleisten, also unterschiedliche Leute und unterschiedliche Lehrmethoden, es muss ja nicht immer der Frontalunterricht sein. Dann fände ich das schon sinnvoll, politische Bildung als Fach im Unterricht zu integrieren.

Da hör ich jetzt aber schon raus, dass Sie es eigentlich nicht sinnvoll finden, politische Bildung im Schulunterricht zu verankern.

Ich habe da immer Bedenken, weil ein solches Fach würde auch ein Update in der LehrerInnenausbildung benötigen, also letztendlich eine Uni-Reform. Da seh' ich die größten Hürden. In Wahrheit benötigen wir eine größere Bildungsreform, siehe Vorbild Schweden, wo jetzt alles ganz interaktiv wird. Es gibt keine fixen Fächer, alles läuft interdisziplinär. Das finde ich großartig (lacht) aber das wird bei uns noch lange dauern ... Also ich finde politische Bildung in der Schule

wichtig und ich finde es gut, dass man darüber redet, aber gleichzeitig muss man auch darüber reden, welche Konsequenzen das für die Ausbildung und die Integration im Schulalltag hat.

Wie ist es um die Zivilgesellschaft in Salzburg bestellt?

Ich denke, die wird durchaus unterschätzt. Meiner Erfahrung nach ist in Salzburg schon eine starke und kritische Zivilgesellschaft vorhanden, seien es Privatpersonen oder in NGOs. Es bräuchte vielleicht eine bessere Zusammenarbeit, aber da bemüht sich aktuell die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, eine Plattform für Zivilgesellschaft zu etablieren.

Wohin kann ich mich wenden, wenn ich aktiv werden will?

Gerne können sich interessierte, auch junge Menschen, an mich bzw. „mehr demokratie!“ wenden, wir können sicher das eine oder andere organisieren. Wir haben auch die Ausbildung dazu, Workshops in Schulen abzuhalten, was ich natürlich gerne auch machen würde! In Wien veranstaltet mein Kollege Christopher Beil zum Beispiel ein tolles Schulprojekt mit Namen „Demokratie los!“, das wäre sicher auch für Salzburg interessant.

Welchen Wunsch haben Sie an die kommende Landesregierung?

Dass sie sich auf das mehr Demokratie-Projekt in Salzburg einlassen. Es gab dazu schon mal einen Prozess von 2011 bis 2015, der dann letztlich sowohl von der Stadt- als auch von der Landesregierung abgelehnt wurde.

Wir haben aber in der Landespolitik die BürgerInnenräte. Das sind erste Versuche zu Bürgerbeteiligung zu bestimmten Themen, das muss dringend ausgeweitet und besser kommuniziert werden. Man erfährt über die BürgerInnenräte nur, wenn man sich bewusst dazu informieren will. Ich würde mir auch wünschen, dass der direkte Kontakt der PolitikerInnen mit den Leuten zu Zufriedenheit und Zustimmung führt, und nicht immer nur zu Streit führt. Die Politik muss erkennen, dass wenn die Bevölkerung zufrieden ist, sie auch stabiler regieren können. •